

Demokratie und Menschenrechte in Thailand -

Wie soll die Zivilgesellschaft mit der Militärjunta umgehen?

Der Militärputsch vom 22. Mai 2014 stellte einen schmerzhaften Rückschritt für die Demokratie in Thailand dar. Nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Junta, angeführt vom damaligen Armeechef und derzeitigem Premierminister General Prayuth Chan-ocha, wurden Hunderte von den Militärs vorgeladen und vernommen, viele verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt. Öffentliche Kritik wird nicht geduldet, die Presse steht unter erhöhter Beobachtung. Die Militärregierung behauptet, spätestens Ende 2015 wieder freie Wahlen durchzuführen, aber bis dahin das politische System "zu reformieren".

Vor diesem Hintergrund war der Workshop „Democracy and Human Rights in Thailand“ beim 10. Asia-Europe People’s Forum (AEPF) von der Stiftung Asienhaus, der International Solidarity Group for Democracy and Human Rights in Thailand und dem Laboratorio di Etnografia dei Movimenti Sociali organisiert worden. Eine vielfältige Gesprächsrunde mit Expertise aus Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft diskutierte über die aktuelle Situation in Thailand und darüber, wie Zivilgesellschaften und NGOs in und außerhalb Thailands zukünftig mit dem Militärregime umgehen sollen.

„Was die Militärjunta jetzt gerade macht, ist ein ‘Re-Imagineering’ des gesamten politischen Systems in Thailand“, stellte der politische Blogger Saksith Saiyasombut fest. „Das politische System wird so zu Recht gemacht, wie die Junta und ihre Verbündeten es gerne hätten, damit bei der nächsten Wahl ihre politischen Rivalen garantiert nicht gewinnen. Damit werden aber auch Millionen von Thais ihres Wahlrechts beraubt.“

„Ein Teil der Mittelklasse in Thailand sehnt sich mehr nach Rechtsstaatlichkeit als nach demokratischer Entwicklung“, analysiert Politikwissenschaftler Claudio Sopranzetti. „Die Argumentation ist, dass ähnlich wie in China durch die Ausrottung von Korruption demokratische Wahlen unnötig sind. Daher haben viele auch den Militärputsch begrüßt.“

Der Politik-Experte und Kolumnist Pitch Pongsuwan sieht die Probleme noch tief liegender: „Um die Demokratie in Thailand zu erforschen, muss man nicht nur beobachten, warum Demokratien abgeschafft werden oder zu illiberalen Demokratien werden, sondern auch die Diktaturen, die sie abschaffen.“

Die im Exil lebende Aktivistin Junya Yimprasert forderte eine generelle Ablehnung der Junta auf der internationalen Bühne. „Wir können es nicht zulassen - und genauso wenig die demokratischen Staaten des ASEM - wie der Militärdiktator Prayuth hier nach Mailand zur ASEM-Konferenz kommt und sich seinen Stempel der Anerkennung abholt.“

Gemeinsam mit lokalen Aktivistengruppen organisierte Junya deshalb auch eine Demonstration gegen die Teilnahme von General Prayuth am asiatisch-europäischen Gipfeltreffen ASEM ([Presentation of the AEPF to ASEM](#)).

Für die AEPF-Abschlusserklärung wurden die zahlreichen Wortbeiträge von PodiumsteilnehmerInnen und aus dem Publikum so zusammengefasst:

„AEPF10 verurteilt den Militärputsch und die Einführung einer Militärdiktatur / eines Militärregimes aufs Schärfste. Wir sind vor allem sowohl über die Menschenrechtsverletzungen, Verhaftungen und Vernehmungen besorgt, als auch über die wachsende Zensur und die Einschüchterung von Dissidenten.

Als erstes appellieren wir dringend an die demokratischen Regierungen, allen BürgerInnen, die (politisch) in Thailand verfolgt werden, Asyl zu gewähren. Das ASEM ist ein Treffen ziviler Regierungen. Die Europäische Union und alle Demokratien des ASEM müssen ihrer Verpflichtung eines zivilen Forums nachgehen und einer Militärdiktatur / einem Militärregime die Teilnahme am ASEM10 verweigern.“

Saksith Saiyasombut

27. Oktober 2014